



Kommunalpolitik für Birkach und Plieningen in 2011

Der Ortsverein, die Bezirksbeiräte und die Gemeinderäte werden sich auch im Jahr 2011 nachdrücklich für eine Stadtteilentwicklung im Interesse der Bürger einsetzen.



Kein Durchkommen mehr - Endstation Baustelle.

Es gilt die Wohnattraktivität von Birkach und Plieningen für die Bewohner zu erhalten und Lärm, Umweltbelastungen sowie die Eingriffe in Natur und Landwirtschaft zu begrenzen.

Diese werden durch Filder- Großprojekte wie: Flughafen, Messe, Gewerbeentwicklung rund um den Flughafen und die neue ICE-Trasse mit Flughafenbahnhof verursacht.

Wir fordern:

- Keine Westererweiterung des Flughafens.
- Keine Aufweichung des Nachtflugverbotes.
- Bei Planung und Bau der künftigen ICE-Trasse auf Plieningener Markung ist ein wirksamer Lärmschutz vorzusehen.
- Neue Wohn- und Gewerbegebiete auf den Fildern sind regional abzustimmen. Es gilt den Wettlauf der einzelnen Gemeinden bei Neubaugebieten im Interesse einer umweltverträglichen Filderentwicklung zu begrenzen.

- Konzept Landschaftsraum Filder mit verbindlicher Festlegung von Landwirtschaftsflächen und Freiräumen für die Naherholung. Vertreter der Landwirtschaft und Bürger der Fildern mit Stuttgart sind daran zu beteiligen.

Bei der Entwicklung unserer beiden Stadtteile ist darauf zu achten, dass die vorhandene Mischnutzung von Wohnen, Gewerbe, Einkaufen und Freizeit stabilisiert wird. In Plieningen gilt es die Ortskernsanierung voranzubringen, in Birkach soll der Dorfkern attraktiver werden.

Wir fordern:

- Für das Sanierungsgebiet in Plieningen ist ein städtebauliches Gesamtkonzept seitens der Stadtverwaltung unter Einbeziehung der Bewohner zu erarbeiten. Das Gebiet ist städtebaulich aufzuwerten. Aufenthalts- und Einkaufsattraktivität in der Filderhauptstr. werden durch den City-Ring verbessert.
- Für Birkach ist zur Verbesserung der Wohnqualität entlang der Welfen-, Birkhecken- und Törlesäckerstraße der Durchgangsverkehr zu beschränken und zu entschleunigen (Tempo 40).
- Eine wohnortnahe Versorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs ist zu gewährleisten, da insbesondere ältere Mitbürger auf das Einkaufen vor der Haustür angewiesen sind.
- Die Plieningener Gewerbegebiete bleiben in ihrer Entwicklung hinter ihren Möglichkeiten zurück. Es gilt Leerstände zu beheben und ungenutzte Grundstücke zu vermarkten. (Entenäcker) Hier ist aktives City-Management gefragt.

Die Belastung der Wohnbevölkerung durch den **Autoverkehr** ist beträchtlich, so dass der **Öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV)** auszubauen sowie das **Radwegenetz** zu verbessern ist.

Wir fordern:

- Auf dem Streckenabschnitt der A8 zwischen Flughafen und Echterdinger Ei ist Tempo 100 einzuführen. Auf dem gleichen Streckenabschnitt ist wieder eine Lärmschutzwand zu installieren.
- Für Birkach und Plieningen ist ein LKW-Durchfahrtsverbot vorzusehen. Der örtliche Lieferverkehr ist davon auszunehmen.
- Die Stadtteile Birkach und Plieningen sollen mit einer Direktbuslinie (65) an Messe und Flughafen angeschlossen werden. Dadurch wird die Erreichbarkeit für Reisende, Messe- und Flughafenbesucher sowie die Beschäftigten an Flughafen und Messe verbessert.
- Verbesserung der Busanbindung der Uni Hohenheim mit 8.000 Studenten und 2.000 Beschäftigten.

Die Fahrplankarte der Linien 65, 70, 74 und 76 sind zu verdichten, um dem Mobilitätsbedürfnis der Studenten Rechnung zu tragen.

- Gerd Hütter

Kontakt vor Ort

Im Bezirksbeirat Birkach:

- Ulrich Fellmeth-Pfendtner · Sprecher
ulrich.fellmeth@t-online.de
Telefon: 07 11 - 459 79 97

Im Bezirksbeirat Plieningen:

- Gerhard Hütter · Sprecher
ghuetter@gmx.de
Telefon: 07 11 - 456 07 63

Weitere Informationen unter:

www.spd-birkach-pliedingen.de





Unser Landtagskandidat im Interview

■ **Du bist ein junger Mann, promovierst gerade in Physik am Max-Planck-Institut in Stuttgart-Vaihingen. Alles steht Dir offen im Leben. Was motiviert Dich politisch aktiv zu sein?**

Tröndle: Ich möchte dazu beitragen, die vielen Ungerechtigkeiten in unserer Gesellschaft zu beseitigen. Unser Land ist zwar wohlhabend, trotzdem gibt es mitten unter uns immer noch Armut, Ausbeutung und Ausgrenzung. Kinder aus sozial benachteiligten Haushalten werden systematisch von guter Bildung abgehalten – dabei würden alle davon profitieren, wenn wir jedem Kind die beste Bildung zukommen lassen.

■ **...und warum in der SPD?**

Tröndle: Die SPD ist die einzige Partei, die sich in den eineinhalb Jahrhunderten ihres Bestehens stets für soziale Gerechtigkeit eingesetzt hat. Deshalb war für mich immer klar, in welcher Partei ich mich engagiere.

■ **Was willst Du für Alt und Jung erreichen?**

Tröndle: Ich stehe ein für ein solidarisches Zusammenleben in unserer Gesellschaft. Wir können die Aufgaben nur gemeinsam lösen und dürfen nicht die Generationen gegeneinander ausspielen. Es ist sehr schön, dass immer mehr Menschen länger leben als früher. Für die Zukunft bedeutet das auch einen Wechsel und eine Chance auf dem Arbeitsmarkt, den wir jetzt einleiten müssen: mehr Beschäftigte im Gesundheits- und Pflegebereich; gerade da müssen wir die Trennung von klassischen „Frauenberufen“ und „Männerberufen“ aufheben.

■ **Was möchtest Du für unseren Wahlbezirk umsetzen?**

Tröndle: Ich möchte, dass wir hier wirklich eine kinder- und familienfreundliche Stadt werden. Junge Familien und Studierende dürfen nicht beim knappen Wohnraum gegeneinander ausgespielt werden. Wir brauchen ganz dringend viel mehr Plätze in Kitas. Der Rechtsanspruch auf einen Platz für alle Kinder ab 2013 war ein wichtiger Schritt; solange das Land die Stadt hier aber nicht unterstützt, wird es ihn aber nur auf dem Papier geben. Ich möchte, dass unsere ein-

zigartigen Strukturen von selbstständigen Stadtbezirken erhalten bleiben. Dazu gehören Einzelhandel im Zentrum von Plieningen und Birkach, aber auch Schulen für alle Kinder.



Matthias Tröndle (Mitte) im Interview.

■ **„Hier oben“ in Plieningen und Birkach leben viele von und mit der Bildung. Was muss die nächste Landesregierung in diesem Bereich korrigieren?**

Tröndle: Das sture Festhalten der Landesregierung an ihrer Ideologie vom gegliederten Schulsystem führt dazu, dass in den Bezirken einzelne Schulen schließen müssen. Die Schulgemeinschaften bekommen keinen Spielraum für das beste Modell vor Ort.

Wir möchten deshalb längeres gemeinsames Lernen aller Kinder. Davon profitieren alle: die Schülerinnen und Schüler in ihrer fachlichen und sozialen Kompetenz, die Eltern, weil sie die Kinder nicht in andere Orte bringen müssen, und die Bezirke, weil alle Strukturen vor Ort erhalten bleiben und verbessert werden.

■ **Du promovierst gerade, kennst also „die Uni“ von innen. Man hört immer mehr von Ärger um Studiengebühren und den oft schwierigen Arbeitsbedingungen der jungen Nachwuchsakademiker. Was läuft da schief?**

Tröndle: Ich will mich für die Universitäten einsetzen. Bildung ist unser höchstes Gut, und dementsprechend muss ihr Stellenwert sein. Die Uni Hohenheim muss vom Land finanziell besser ausgestattet werden, die Raumsituation muss dringend verbessert werden. Die Arbeitsverhältnisse an den Hochschulen müs-

sen besser werden, nicht nur der akademische Mittelbau hat in den letzten Jahren sehr gelitten. Weil Bildung für mich keine Ware ist, setze ich mich für die Abschaffung der Studiengebühren ein. Wir wollen Spitze sein in der Forschung und in der Lehre, deshalb brauchen wir auch eine andere Umsetzung der Bologna-Reform: zu viele Prüfungen und zu enge Curricula nehmen den Studierenden die Möglichkeit einer selbstbestimmten Bildung.

■ **Wir treffen uns heute vor dem Hohenheimer Schloss und schauen auf den Flughafen. Zugegebenermaßen ein ziemlicher Lärmpegel – die Einwohner unseres Stadtbezirks leiden unter dem zunehmenden Verkehr...**

Tröndle: Für die Filder will ich mich im Landtag auch dafür einsetzen, dass die Verkehrs- und Lärmbelastung in unserer Region zurückgeht. Ich bin gegen eine Flughafen-Erweiterung und möchte mehr Leute vom Auto in den Öffentlichen Nahverkehr bringen.

■ **Der Streit um unseren Bahnhof hat viele Leute bewegt. Aus Frust über mangelnde Beteiligung sind viele von der etablierten Politik enttäuscht. Vor allem die aktuelle Landesregierung hat wenig Gespür für die Wünsche und Sorgen der Stuttgarter Bevölkerung gezeigt. Wie können sich Bürger stärker in der Politik – oder besser noch – in der SPD engagieren?**

Tröndle: Unsere Gesellschaft lebt vom Engagement ihrer Mitglieder. Ob Jung oder Alt, alle sollten sich einbringen. Auch weil ich finde, dass jede Generation in den Landtag gehört, kandidiere ich hier. Die Menschen sind heute genauso engagiert wie früher – aber oft in anderer Form: eher themenbezogen und am Konkreten orientiert, als in langfristigen Parteibindungen. Darauf muss die Politik eine Antwort finden. Damit die Vertrauenskrise, die wir gerade zwischen den Bürgerinnen und Bürgern gegenüber den (Berufs-)Politikern erleben, nicht zur Demokratiekrise wird. Ich denke, dass mehr direktdemokratische Elemente wieder Vertrauen aufbauen und auch zu Transparenz bei Entscheidungen führen. Deshalb möchten wir die Hürden für Volksentscheide im Land und in den

Kommunen massiv senken. Die SPD in Stuttgart geht auch mit einem „Bürgerhaushalt“ voran: wir möchten die Bevölkerung bei der Entscheidung über die Verwendung ihrer Steuergelder miteinbeziehen. Schließlich ist es das Volk, das hier herrscht; das ist nämlich die Übersetzung von Demokratie.

Ich finde es wichtig, sich im Umfeld für unsere Gesellschaft und für unsere Zukunft zu engagieren. Genau deshalb trete ich ja auch hier auf den Fildern an, wo ich selbst lebe. Ehrenamtliches Engagement hat viele Facetten, eine davon sind die Parteien. Auch in der SPD kann jede und jeder als „Gast“ ohne Bindung

mitmachen, da sind wir auch mit der Zeit gegangen.

Matthias, wir danken Dir für das Interview und wünschen Dir alles Gute für die Landtagswahl!

■ Christoph Rieder und Robert Sanocki

Matthias Tröndle · 29 Jahre · verheiratet · evangelisch · Beruf: Physiker · Wohnort: Sillenbuch · www.matthias-tröndle.info

Die Juso Hochschulgruppe Hohenheim

■ Die Juso Hochschulgruppe Hohenheim ist eine von zirka fünfzig aktiven Juso Hochschulgruppen in Deutschland und wahrscheinlich eine der wenigen an einer Universität mit nur knapp 10.000 Studenten.

An der Universität Hohenheim setzen wir uns konkret für die Verbesserung der Situation vor Ort ein. Brennpunkte sind die Kinderbetreuung, Stillarbeitsplätze und der öffentliche Personennahverkehr. Auch auf Landesebene sind wir vernetzt und kämpfen gemeinsam mit anderen Juso Hochschulgruppen für mehr Demokratie an den Universitäten, für einen



Rechtsanspruch auf einen Masterplatz und für ein gebührenfreies Studium. Wir orientieren uns dabei an einem Bildungsideal, das unabhängig von ökonomischen Interessen, die persönliche Entwicklung in den Mittelpunkt des Studiums stellt.

Unsere Hauptaufgabe sehen wir aber darin, Bewusstsein für die politischen Verhältnisse zu schaffen. Mit vielen Aktionen und Veranstaltungen, wie die Hohenheimer Elefantenrunde, machen wir die Studierenden auf sozialdemokratische Themen und aktuelle Debatten aufmerksam.

Wer bei uns mitdiskutieren und mitmachen möchte ist herzlich eingeladen. Wir treffen uns jeden zweiten Dienstag um 19:00 Uhr im AstA der Universität Hohenheim.

■ Max Czipf
Kontakt: www.jusos-hohenheim.de

Welche Zukunft haben die Schulen in Plieningen und Birkach?

■ „Wenn die Hauptschule in Plieningen geschlossen wird, können Birkach und Plieningen vier Prozent der Kinder und Jugendlichen kein Schulangebot mehr machen.“ Dies erklärte Anette Skau Fischer, die Vorsitzende des Elternbeirats der Grund- und Hauptschule (GHS) Plieningen bei einer von der SPD initiierten Anhörung der Bezirksbeiräte Plieningen und Birkach zur Schulentwicklung in Stuttgart.

Dennoch bleibt die Stadt Stuttgart mit Schulbürgermeisterin Eisenmann (CDU) treu ergeben auf Linie des Kultusministeriums und will auf den Fildern nur in Heumaden und Möhringen eine Werkrealschule einführen.

Damit bleibt die Körschtalschule zwar zunächst erhalten, angesichts der rückläufigen Schülerzahlen haben einfache Hauptschulen jedoch kaum eine Überlebenschance. Auch die Stuttgarter Zeitung kommentierte diese Entwicklung mit dem Tenor „Hauptschule ohne Zukunft und Tod auf Raten“.

Die völlig verfehlte Bildungspolitik der von CDU und FDP geführten Landesregierung hat in den letzten Jahren mit der



überstürzten Umstellung auf acht Schuljahre an Gymnasien (G8-Reform) und mit der urplötzlichen Einführung der sogenannten Werkrealschule einen traurigen Höhepunkt erreicht. Dass die strikte Umsetzung der „Reformen an einem kranken Schulsystem“ auch noch gesetzwidrig ist, weil sie die Berücksichtigung örtlicher Verhältnisse und Willensentscheidungen völlig außer acht

lässt, hat jetzt das Verwaltungsgericht Sigmaringen bestätigt.

Die „schwäbischen Werkrealschulen“ bekamen dort mit ihrer Klage recht, dass gemeinsame Werkrealschulen auch mehrere Standorte haben können. Genau dies hatten auch die Elternbeiräte auf den Fildern vorgeschlagen und die Stadt Stuttgart vergeblich aufgefordert, für die vier Schulen beim Regierungspräsidium eine Sondergenehmigung zu beantragen. Alle vier sollten, obwohl sie die vom Gesetzgeber vorgeschriebene Zweizügigkeit nicht haben, Werkrealschule werden.

Diese Entwicklungen bestätigen, was nahezu alle mit der Bildungspolitik in Baden-Württemberg befassten Organisationen und Initiativen seit einiger Zeit fordern: Baden-Württemberg braucht eine grundlegende Neuausrichtung der Bildungspolitik.

Im Mittelpunkt steht dabei, dass alle Schülerinnen und Schüler individuell gefördert werden und die Bildungsabschlüsse – gerade von Schülerinnen und Schülern mit schlechten Startchancen – verbessert werden.

Fortsetzung auf der Rückseite

Fortsetzung von Seite 3

Das erfordert kleinere Klassen, aktivierenden Unterricht, ein durchgängiges Angebot von gut ausgestatteten Ganztageschulen, eine Schule als Lern- und Lebensort und längeres, gemeinsames Lernen. Dazu sollen alle Schülerinnen und Schüler ein gemeinsames schulisches Angebot von zehn Schuljahren erhalten, das in der Kombination von verschiedenen Schultypen erfolgen kann

und auf das weiterführende Schulen aufbauen.

Auf Antrag der SPD haben deshalb auch die Bezirksbeiräte Plieningen und Birkach beschlossen, dass für die Weiterentwicklung der Körschtalschule Plieningen die Einrichtung einer Ganztageschule mit qualifizierter personeller und räumlicher Ausstattung sowie Umbau zu einer integrierten Schule mit den Bildungsabschlüssen Hauptschule und Re-

alschule vorangetrieben werden soll. Dazu sollen Kooperationen mit der Dietrich Bonhoeffer-Schule zur Erprobung eines inklusiven Schulmodells, sowie mit dem Paracelsus Gymnasium und der Landwirtschaftlichen Berufsschule Hohenheim ausgebaut werden, um den Schul- und Bildungsstandort Plieningen und Birkach langfristig zu stärken.

■ Ulrich Fellmeth-Pfendtner

Mit Stadtwerken eine ökologische Zukunft schaffen

■ Die Stadt Stuttgart will wieder eigene Stadtwerke betreiben, die die Bürger zuverlässig und preisgünstig mit Wasser, Strom, Gas und Wärme versorgen. Damit wird der Fehler aus dem Jahr 2002 korrigiert, als die Stadt ihre gesamte öffentliche Versorgung an die EnBW verhökerte. Der Deal brachte immerhin 2,3 Mrd. Euro. Ein Teil des Geldes, ca. 650 Mio. Euro, liegt bei der Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft (SVV). Damit verfügt die Stadt über genügend freie Mittel zur Gründung eigener Stadtwerke und für den Rückkauf der Netze.

Stadtwerke spielen eine wichtige Rolle bei der überfälligen ökologischen Energiewende, also dem Ausbau regenerativer Energieerzeugung und der Kraft-Wärme-Kopplung. Die Großkonzerne setzen weiterhin auf fossile Großkraftwerke, regenerative Energie hat meist nur Alibicharakter. Die EnBW ist zudem einer der wesentlichen Protagonisten der Laufzeitverlängerung für alte, abgeschriebene und gefährliche Atomkraftwerke.

Stadtwerke in kommunaler Hand und frei von Großkonzernen arbeiten in vielen Kommunen wirtschaftlich sehr erfolgreich. Die Praxis zeigt, dass dort neue nachhaltige Wege der Energieversorgung beschritten werden. Die Stadt Stuttgart könnte mit der Gründung eigener Stadtwerke einen gewichtigen Beitrag zu einer Energiewende hin zu dezentralen und ökologischen Systemen leisten.

Die Stadt und der Gemeinderat tun sich mit einer kommunalen Lösung erstaunlich schwer. Man traut sich offensichtlich eine eigenständige Lösung nicht zu und will eine Kooperation mit der EnBW.

Der Gemeinderat hat im Frühjahr 2010 einen Gutachter beauftragt. In dieser inzwischen abgeschlossenen Untersuchung erhalten Stadtwerke in rein kom-

munaler Trägerschaft ebenso wie Kooperationsmodelle mit der EnBW die wirtschaftliche Traumnote 1,5. Stadtwerke in kommunaler Regie sind also wirtschaftlich gleichwertig mit einer Kooperationslösung. Trotz dieser guten Bewertung der kommunalen Lösung empfehlen die Gutachter eine möglichst enge Kooperation mit der EnBW. Eine solche Lösung würde eine erheblich Abhängigkeit der Stadtwerke von den Inter-

Betriebsteil der EnBW-Regional-AG in die Stadtwerke zu übernehmen. Damit würden sich die Stadtwerke Stuttgart das erforderliche technische Know-how sichern und die Arbeitnehmer würden einen sicheren Arbeitsplatz bei der Stadt erhalten.

Angesichts der unentschlossenen Haltung des Stuttgarter Gemeinderats ist auch hier Druck von Außen erforderlich,



Klimafreundliche Energieerzeugung schafft neue Arbeitsplätze.

essen und der Energiepolitik des Großkonzerns EnBW bedeuten

Die Bewertung der Gutachter ist umso erstaunlicher, als sich aus dem Gutachten diese eindeutige Festlegung auf eine enge Zusammenarbeit mit der EnBW nicht ableiten lässt. Wie dem auch sei, es kann nicht Aufgabe der Stadt Stuttgart sein, die EnBW zu bevorteilen. Stuttgart muss die für die Stadt optimale Lösung finden und dies sind 100% kommunale Stadtwerke.

In die richtige Richtung weisen die Forderung der SPD nach einer möglichst hohen kommunalen Eigenständigkeit und der Antrag der Grünen, den Stuttgarter

um die Stadtwerke Wirklichkeit werden zu lassen. Anfang letzten Jahres hat sich daher die Bürgerinitiative Aktion Stadtwerke gegründet, die für eine 100% kommunale Lösung mit allen Netzen streitet. In dieser Aktion arbeiten altbewährte Gruppen, wie z. B. das Wasserforum, das Klima- und Umweltbündnis Stuttgart (KUS), die Naturfreunde und zahlreiche Bürger zusammen. Es besteht also gute Hoffnung, dass spätestens im Jahr 2014 auch in Stuttgart, die Wende zu einer ökologisch verträglichen Energieversorgung eingeleitet wird.

■ Jürgen Schmid



Herausgeber (V.i.S.d.P.) SPD Ortsverein Birkach-Plieningen
 Verantwortlich: Ulrich Fellmeth-Pfendtner · SPD OV-Vorsitzender Birkach-Plieningen
 Birkheckenstraße 13 · 70599 Stuttgart · Telefon: 0711-459 79 97